



Dornbirn hat die Marke von 52.000 Einwohnern geknackt.

SERRA

BEVÖLKERUNGSSTATISTIK

Zuwachs in Vorarlberg deutlich eingebremst

Zum Stichtag 31. März 2024 waren in Vorarlberg insgesamt 410.661 Personen mit Hauptwohnsitz gemeldet.

Das sind um nur 2750 Hauptwohnsitze beziehungsweise 0,7 Prozent mehr als vor einem Jahr. Die Zuwachsdynamik hat sich damit deutlich verlangsamt, informiert die Landesstelle für Statistik in ihrem aktuellen Bericht.

In Hinblick auf die Zunahme verbucht das Rheintal, wo 2081 Personen mehr gemeldet wurden, derzeit über zwei Drittel des Wachstums. Zusätzliche plus 197 (+0,3 Prozent) Bürger haben sich im Walgau angesiedelt, weitere plus 172 (+0,6 Prozent) sind im Bregenzerwald hinzugekommen.

In Vorarlberg leben 85.055 Ausländer aus über 157 unterschiedlichen Nationen. Ihr An-

teil an der Wohnbevölkerung liegt bei 20,7 Prozent und ist gegenüber dem Vorjahr um 0,5 Prozentpunkte gestiegen. Die größte ausländische Bevölkerungsgruppe bilden 20.070 deutsche Staatsangehörige.

Die Landesbevölkerung hat sich in den letzten zehn Jahren um 33.597 Mitbürger (+8,9 Prozent) vermehrt. Deutlich stärkere Wachstumsraten von über zehn Prozent und Zuwächse von über 1000 Hauptwohnsitzen finden sich in Dornbirn (+4927 Personen, +10,5 Prozent), Feldkirch (+4787, +15,1 Prozent), Lustenau (+2597, +12,0 Prozent), Hohenems (+1641, +10,5 Prozent) und Bludenz (+1207, +8,7 Prozent).

LANDTAGSWAHLEN

Auch in Bregenz und Bludenz Nummer 1

Nach den Bezirkslisten Dornbirn und Feldkirch haben die Vorarlberger Freiheitlichen nun ihre Kandidaten in den Bezirken Bludenz und Bregenz für die kommende Landtagswahl beschlossen. FPÖ-Landesobmann Christof Bitschi führt auch in Bludenz und Bregenz die Kandidatenliste an. Im Oberland folgt ihm Joachim Weixlbaumer auf dem zweiten Listenplatz, im Unterland ist dies Joachim Fritz.



Spitzenkandidat
Christof Bitschi.

MS

Prüfbericht,

Rechnungshof zeigt bei der Kooperation mit privaten Beratungsfirmen diverse Risiken für die Gemeinden auf. Diese sind mit dem vorgelegten Bericht nicht ganz glücklich.

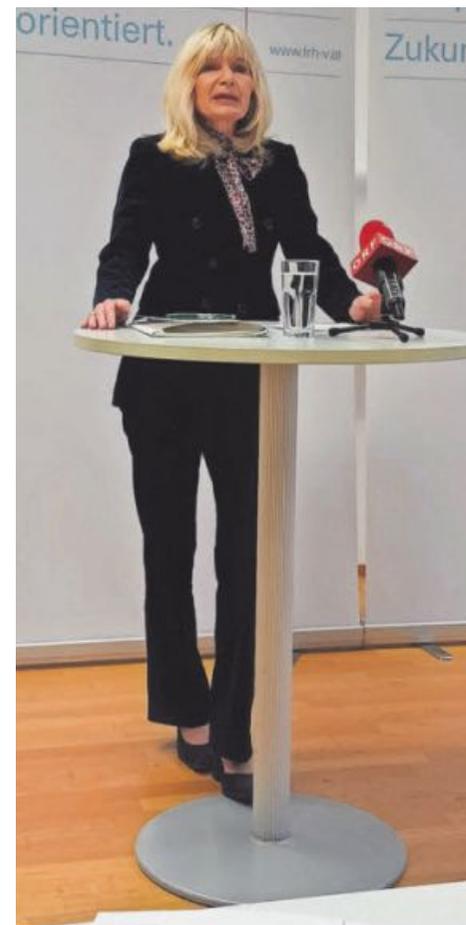
Von Robert Brüstle

robert.bruestle@neue.at

Leistbaren Wohnraum und Arbeitsplätze schaffen, ist von essenzieller Bedeutung für eine gute Entwicklung von Gemeinden. Bei der Umsetzung greifen einige im Rahmen einer Öffentlich-Privaten-Partnerschaft auf das Modell der Projekt- und Strukturentwicklungsgenossenschaft (PSG) zurück. Der Landes-Rechnungshof prüfte dieses Modell in Sulzberg, Doren und Schruns. „Initiativen für aktives Flächenmanagement sind zu begrüßen“, betonte Direktorin Brigitte Egger-Bargehr bei der gestrigen Präsentation des Berichts, der auch eine Reihe von grundsätzlichen Risiken und Abhängigkeit für die Gemeinden aufzeigte.

Komplexe Herausforderungen.

Angesichts hoher Immobilienpreise, begrenzter Verfügbarkeit von Grundstücken sowie geltender Raumplanungsziele mit Fokus auf sparsamen Bodenverbrauch stehen die Kommunen beim Flächenmanagement vor komplexen Herausforderungen. Bislang sind Gemeinden damit weitgehend auf sich gestellt. „Aufgrund ihrer Nähe zur Bevölkerung haben Gemeinden einen guten Überblick über verfügbare Flächen. Allerdings sind sie durch knappe Budgets, beschränkte Personalressourcen und mitunter fehlendes Fachwissen in ihrem Handlungsspielraum eingeschränkt“, erläuterte Egger-Bargehr.



Rechnungshofdirektorin Brigitte Egger-Bargehr (l.) präsentierte den PSG-Prüfbericht.

ROB

Budget entlastet. Da kommen die Projektgenossenschaften ins Spiel. Durch die Beteiligung der privaten Partner wird das Gemeindebudget im geringeren Umfang belastet. Zudem wirken sich etwaige Kredite nicht auf den öffentlichen Schuldenstand aus. Für Brigitte Egger-Bargehr ist eine PSG aber nur wirtschaftlich, „wenn die Projekte zeitnah

„Initiativen für aktives Flächenmanagement sind zu begrüßen.“

Brigitte Egger-Bargehr,
Rechnungshofdirektorin

keine Werbebroschüre



chen-Privaten-Partnerschaft ist jedenfalls besonders darauf zu achten, kommunale Interessen abzusichern, etwa indem die Gemeinde raumplanerische oder liegenschaftliche Instrumente bestmöglich nutzt“, sagte die Rechnungshofdirektorin.

Weitere Risiken. Weitere Risiken für die Gemeinden können zum Beispiel durch Anpassungen in den Satzungen der Genossenschaften entschärft werden. So sei sicherzustellen, dass in der PSG Entscheidungen nicht ohne die jeweilige Gemeinde getroffen werden können. Im Bericht wurden auch Mängel im internen Kontrollsystem angeführt. „Die Gemeinden haben ihre Steuerungs- und Kontrollaufgaben besser wahrzunehmen. Dafür ist eine regelmäßige Information der Gemeindevertretung über die wirtschaftliche Situation der Beteiligung notwendig“, so Egglar-Bargehr. Auch bei den Anti-Korruptionsregeln sei Verbesserungspotenzial. So bilden Vorstände und Genossenschaften auch gleichzeitig die Generalversammlung, kontrollieren sich also selbst.

Gemischte Ergebnisse. Weiter heißt es, dass die Projekte der geprüften PSGen zu den Zielen der Gemeindeentwicklung grundsätzlich beitragen, indem Wohnraum beziehungsweise Betriebsflächen geschaffen oder die Nahversorgung verbessert wurde. In Bezug auf die Finanzsituation seien die Ergebnisse allerdings sehr gemischt ausgefallen. Während sich die finanzielle Entwicklung der PSG Sulzberg und Schruns durchaus positiv darstellte, erwies sich die wirtschaftliche Lage der PSG Doren als äußerst schwierig und unsicher. In keinem Jahr konnten ausreichend Erträge erwirtschaftet werden, um die Betriebsaufwendungen zu decken.

Stellungnahme Gemeinden. In einer gemeinsamen Stellungnah-

me betonten die drei geprüften Gemeinden Sulzberg, Doren und Schruns, dass der Austausch mit dem Rechnungshof unterstützend und bereichernd war. „Die aufgeführten Empfehlungen werden von den Gemeinden zur Kenntnis genommen und helfen, die Kommunen in ihrem Tun zu unterstützen und zukunftsfit weiterzuentwickeln.“ Als fachlich nicht nachvollziehbar wurden aber einzelne Auszüge des Berichts benannt. Dass die Gemeindevertretungen nicht informiert worden seien, würde zum Beispiel nicht stimmen. Und an mehreren Passagen widersprechen die Gemeinden der begründeten Rechtsansicht des Rechnungshofes. Sulzberg, Schruns und Doren sehen sich als Vorreiter in Vorarlberg und hoffen auf weitere Gründungen von Projektgenossenschaften.

Rechnungshofdirektorin Brigitte Egglar-Bargehr verwies ebenfalls darauf, dass die Prüfungen in einem positiven Rahmen stattfanden. Hinsichtlich der Kritik der Gemeinden stellte sie aber klar: „Wir schreiben Prüfberichte und keine Werbebroschüren.“

PSG-Modell

Kurz erklärt

Das PSG-Modell ist als Öffentlich-Private-Partnerschaft – eine Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und privatem Sektor – konzipiert und sieht eine Gründung einer Genossenschaft vor. Mitglieder sind dabei Gemeinde, eine regionale Bank und ein Beratungsunternehmen. Es werden Immobiliengeschäfte außerhalb des öffentlichen Haushalts durchgeführt. Damit soll aktives Flächenmanagement im Sinne der Gemeindeentwicklungsziele betrieben werden. Durch die Mehrheitsbeteiligung der Gemeinde darf sie auch landwirtschaftliche Flächen erwerben. Die privaten Partner bringen Know-how und Leistungen ein.

GRUNDSTEUER

SPÖ stellt Antrag auf Anpassung

Für die SPÖ stellt das Grundsteuergesetz, welches sich auch auf Wohneigentumsagenden bezieht, Grundsteuerbefreite in Mehrparteienhäusern mit unterschiedlichen Eigentümern vor eine Herausforderung. Da die Grundsteuerbefreiung in diesem Kontext ihre Treffsicherheit verfehlt, stellen die Sozialdemokraten einen Antrag an die Landesregierung und fordern diese auf, „sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass das Wohnungseigentumsgesetz angepasst wird, damit eine steuerbefreiungskausale Aufteilung der Grundsteuer zwischen den unterschiedlichen Wohnungseigentümern innerhalb einer Eigentümergemeinschaft sichergestellt ist.“



SPÖ-Landtagsabgeordneter
Martin Staudinger. HARTINGER

ERRATUM

Falscher Name

Im Artikel „Demo vor ÖVP-Zentrale an Hitlers Geburtstag“ (Donnerstagsausgabe) ist uns leider ein Fehler unterlaufen. Die Moderatorin der angekündigten Demonstration und frühere Geschäftsführerin der Aids-Hilfe Vorarlberg heißt nicht Beate Fleisch, sondern Renate Fleisch. Wir bedauern den Fehler und entschuldigen uns bei der betroffenen Person und bei unseren Leserinnen und Lesern.

und wiederkehrend erfolgreich sind“.

Nicht nur Vorteile. Neben Vorteilen birgt die Öffentliche-Private-Partnerschaft jedoch auch verschiedene Risiken, heißt es im Bericht. So können die Gemeinden trotz Anteilsmehrheit, in der Regel rund 60 Prozent, grundsätzlich keine Entscheidungen alleine durchsetzen. Weiters würde mit dem PSG-Modell eine langfristige Abhängigkeit einhergehen. Auch ein Ausstieg sei schwierig, da unter anderem Vermögen, wie Wertsteigerungen bei Immobilien, in der Genossenschaft verbleiben. „Bei einer Öffentli-